



Niederschrift

Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss

20. Wahlperiode – 77. Sitzung

am Mittwoch, dem 11. Februar 2026, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Claus Christian Claussen (CDU), Vorsitzender
Andreas Hein (CDU)
Lukas Kilian (CDU)
Peer Knöfler (CDU)
Rasmus Vöge (CDU)
Dr. Ulrike Täck (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nelly Waldeck (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Thomas Hölck (SPD)
Kianusch Stender (SPD)
Annabelle Krämer (FDP), i. v. Von Dr. Bernd Buchholz
Sybilla Nitsch (SSW)

Weitere Abgeordnete

Lasse Petersdotter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Niclas Dürbrook (SPD)
Marc Timmer (SPD)
Christopher Vogt (FDP)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Vorstellung des Netzwerks KI.SH.....	5
Vorschlag des Vorsitzenden hierzu: Umdruck 20/6132 Dr. Dirk Nowotka, Professor am Institut für Informatik Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU) und Sprecher des KI-Anwendungszentrums SH Eike Zimmermann, Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH (WTSH), Projektleiter des KI-Transfer-Hubs SH Jens Sandmeier (WTSH, KI-Transfer-Hub) Thies Schönfeldt (CAU, KI-Anwendungszentrum) hierzu: Umdruck 20/6132	
2. Aktueller Sachstand zu Northvolt Drei.....	9
Angebot des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus	
3. Bericht der Landesregierung zum Beinahe-Unfall am Bahnübergang Holmkamp in Süsel.....	19
Angebot des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus	
4. a) Echte Verfahrensbeschleunigung für Infrastrukturvorhaben – Legalplanung nach dänischem Vorbild.....	20
Antrag der Fraktion des SSW Drucksache 20/2207	
b) Alle Möglichkeiten der Planungsbeschleunigung nutzen!.....	20
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 20/2225	
c) Schlussfolgerungen des Normenkontrollrates für schnellere Genehmigungsverfahren umsetzen.....	20
Antrag der Fraktion der FDP Umdruck 20/5654	
d) Abschlussbericht der Landesregierung über den Umsetzungsstand der im Rahmen des Normenscreenings Planungsbeschleunigung.....	20
Umdruck 20/5733	
e) Schleswig-Holstein sagt Ja zur Planungsbeschleunigung.....	20
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 20/4005	

5.	a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Ladenöffnungszeiten (Ladenöffnungszeitengesetz – LÖffZG).....	21
	Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 20/2133	
	b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Ladenöffnungszeitengesetzes.....	21
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 20/3750	
6.	Beratung mit der Landesregierung und Fachgespräch.....	22
	Schleswig-Holstein zu einem ansiedlungs- und klimafreundlichen Industrieland machen	
	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 20/3689	
	Schleswig-Holstein als europäische Modellregion im Rahmen des Net-Zero Industry Act stärken – nachhaltige Industriepolitik für Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit.....	22
	Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 20/3724 Änderungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 20/3725	

Der Vorsitzende, Abgeordneter Claussen, eröffnet die Sitzung um 10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Der Ausschuss kommt auf Antrag des Abgeordneten Hein überein, seine Beratungen zum Tagesordnungspunkt 4 zu verschieben. – Im Übrigen wird die Tagesordnung in der vorliegenden Fassung einstimmig gebilligt.

1. Vorstellung des Netzwerks KI.SH

Vorschlag des Vorsitzenden

hierzu: Umdruck [20/6132](#)

- **Dr. Dirk Nowotka**, Professor am Institut für Informatik Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU) und Sprecher des KI-Anwendungszentrums SH
- **Eike Zimmermann**, Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH (WTSH), Projektleiter des KI-Transfer-Hubs SH
- **Jens Sandmeier** (WTSH, KI-Transfer-Hub)
- **Thies Schönfeldt** (CAU, KI-Anwendungszentrum)

hierzu: Umdruck [20/6132](#)

Herr Dr. Nowotka, Professor am Institut für Informatik der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und Sprecher des KI-Anwendungszentrums Schleswig-Holstein, stellt anhand eines PowerPoint-Vortrags, Umdruck [20/6132](#), das Netzwerk KI.SH vor.

In der anschließenden Aussprache weist Abgeordneter Stender auf von ihm wahrgenommene Unstimmigkeiten im Vorfeld zu einer Veranstaltung hin, auf die sich auch seine Kleine Anfrage, Drucksache [20/3645](#), beziehe. Er fragt nach der Kofinanzierung der EU und danach, über welchen Zeitraum das Netzwerk ausfinanziert sei. – Herr Dr. Nowotka antwortet, das Projekt sei mit einem Gesamtvolumen von 17 Millionen Euro ausgestattet, davon würden zehn Prozent über einen Eigenanteil finanziert. In dem Projekt seien 26 Vollzeitstellen angelegt, davon fünf bei der WT.SH und 21 an den Hochschulen. Das Projekt werde über EFRE-Mittel und Landesmittel kofinanziert. – Herr Schrödter, Minister und Chef der Staatskanzlei, weist darauf hin, dass man bei der Förderung darauf schauen müsse, wie es mit der Förderlandschaft der

EU weitergehe. Die Landesregierung setze sich dafür ein, dass die Förderkulisse auch zukünftig so ausgestaltet sei, dass das Grundspektrum des Netzwerks weiter ermöglicht werden könne. Die Diskussionen über den zukünftigen Finanzrahmen seien aber noch nicht abgeschlossen. Man werde sich rechtzeitig vor Auslaufen der aktuellen Kulisse im Jahr 2028 mit allen Beteiligten zusammensetzen, um gemeinsam zu klären, wie es weitergehe. Festzustellen sei, dass es Schleswig-Holstein in den letzten Jahren gelungen sei, mit dem Netzwerk eine extrem schlagkräftige KI-Einheit aufzubauen. Dafür gelte allen Beteiligten sein Dank. Mittelfristig sei die Planungssicherheit da, aber man wünsche sich selbstverständlich eine langfristige Planungssicherheit. Das Projekt werde von einem strategischen Beirat begleitet, und dieser habe sich für die Idee stark gemacht, Abgeordneten einmal in einem etwas anderen Rahmen darzustellen, was das Netzwerk KI.SH schon erreicht habe. In der Beantwortung der Kleinen Anfrage (Drucksache [20/3645](#)) sei dargestellt worden, welche Missverständnisse es in diesem Zusammenhang gegeben habe. – Abgeordneter Stender erklärt, er habe die Antwort auf die Kleine Anfrage gelesen, halte es aber für problematisch, wenn sich jemand als Geschäftsführerin eines strategischen Beirats ausbebe, diese Funktion dann widerrufen werde, danach aber dennoch weiter Mails versandt würden, in denen diese Funktion immer noch auftauche. – Minister Schrödter spricht sich dafür aus, in dieser Sitzung lieber über die Erfolge des Projekts zu sprechen; er finde es nicht angemessen, in einem solchen Rahmen über Einladungsverteiler oder Ähnliches zu sprechen.

Im Zusammenhang mit Nachfragen der Abgeordneten Waldeck führt Herr Zimmermann, Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH und Projektleiter des KI-Transfer-Hubs Schleswig-Holstein, aus, dass die Themen Nachhaltigkeit und CO₂-Minimierung in der Projektbeschreibung und im Förderbescheid vonseiten der EU verankert seien. Das Netzwerk biete spezielle Formate und Module für Unternehmen an, mit denen sie neben der Lösung ihres Problems auch Nachhaltigkeitsgesichtspunkte berücksichtigen könnten. Alle Betriebe bräuchten Lösungen, die wenig kosteten und viel Effizienz brächten. Bereits fertige Tools seien vor dem Hintergrund oft hilfreich. Im Zusammenhang mit Prozessen gehe es aber auch oft darum, Modelle mit eigener KI neu zu entwickeln. – Herr Dr. Nowotka ergänzt, dass der Fokus überall dort, wo es gehe, auf Open Source gesetzt werde. – Herr Schönfeldt, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und KI-Anwendungszentrum, führt aus, dass mit den Unternehmen im Rahmen des Beratungsprozesses in den Workshops auch darüber gesprochen werde, ob für sie eine Lösung über eine Prozessoptimierung, also eher ein Webtool, ausreichend sei oder eine KI erforderlich werde. Die Überlegung, ob man die Finanzierung des Projektes gegebenenfalls auch über einen Fonds regeln könne, spiele durchaus eine Rolle

in den Überlegungen zur zukünftigen Finanzierung des Projekts. Vor dem Hintergrund frage man nach Durchführung des Beratungsprozesses zum Beispiel regelmäßig auch ab, wie viel die Unternehmen bereit gewesen wären, für diese Leistung zu zahlen. – Auf Nachfrage des Abgeordneten Petersdotter erklärt Herr Schönfeldt, dass die in dem PowerPoint-Vortrag als Beispiel aufgeführte App den Namen Ostseeguide trage und unter dem Namen heruntergeladen werden könne.

Im Zusammenhang mit einer Nachfrage des Abgeordneten Petersdotter erklärt Herr Dr. Nowotka, auch vektorbasierte Methoden zählten zur KI. Wichtig sei, dass man für die Unternehmen eine hilfreiche Lösung finde. Fast in allen Fälle spiele dabei dann die KI eine Rolle. – Herr Zimmermann betont, Ziel bei dem ganzen Beratungsprozess sei nicht, die Unternehmen sozusagen zu einer Machbarkeitsstudie zu bringen, sondern ihnen zu geben, was sie benötigten.

Zu einer Frage des Abgeordneten Petersdotter erklärt Herr Zimmermann, die Zahlen zur persönlichen Kontaktaufnahme basierten auf den Kontakten zu Personen und Unternehmen, die an einem mehrstündigen Workshop teilgenommen hätten.

Herr Schönfeldt führt zum weiteren Vorgehen nach Erarbeitung der Machbarkeitsstudie – ebenfalls eine Nachfrage des Abgeordneten Petersdotter – aus, nach der Durchführung der Machbarkeitsstudie und der Entwicklung eines Prototypen werde den Unternehmen der Code der Prototypen zur Verfügung gestellt und gemeinsam überlegt, ob sie in der Lage seien, das für sich so umzusetzen. Außerdem erhielten sie eine Liste von Dienstleistenden aus dem schleswig-holsteinischen KI-Ökosystem, die dabei gegebenenfalls unterstützen könnten.

Auf Nachfrage des Abgeordneten Stender erklärt Herr Dr. Nowotka, sicher könne man die Ergebnisse der Befragungen der Unternehmen auch dem Ausschuss zur Verfügung stellen.

Im Zusammenhang mit einer Frage des Abgeordneten Hein führt Herr Dr. Nowotka aus, es sei aus Hochschulsicht nicht Aufgabe von Netzwerk KI.SH sich mit Fake News als Schwerpunkt zu beschäftigen. Dennoch sei dieses Thema natürlich wichtig und als Thema in der Hochschulwelt insgesamt auch stark verankert. Er rege deshalb an, sich damit noch einmal gesondert zu befassen.

Auf Nachfrage der Abgeordneten Wentzel stellt Herr Schönfeldt noch einmal den Ablauf von Machbarkeitsstudien und Prototypenentwicklung dar. – Herr Zimmermann ergänzt, es gebe in dem Projekt einen festgeschriebenen Arbeitsumfang, der die Konzentration auf das Land Schleswig-Holstein beinhalte. Dennoch gebe es natürlich einen überregionalen Austausch mit Initiativen ähnlicher Art, zum Beispiel in Hamburg.

2. Aktueller Sachstand zu Northvolt Drei

Angebot des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

hierzu: Umdrucke [20/5939](#), [20/5940](#) (vertraulich), [20/5933](#) (vertraulich), [20/5960](#) (vertraulich), [20/6095](#) (vertraulich)

(Dieser Tagesordnungspunkt wird gemäß Artikel 23 Absatz 3 Satz 3 LV und § 17 Absatz 2 GeschO voraussichtlich teilweise nicht öffentlich und vertraulich beraten)

Frau Carstens, Staatssekretärin im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, weist einleitend darauf hin, dass seit der letzten Sitzung des Ausschusses die Abgeordneten zwei Schreiben des Ministeriums erreicht hätten, das erste vom 14. Januar 2026 und das zweite vom 21. Januar 2026. Auch darüber hinaus habe die Landesregierung versucht, den Informationsfluss am Laufen zu halten. Zum aktuellen Sachstand Wandelanleihe und der möglichen Übernahme von Northvolt durch Lyten sei festzustellen, dass beide Verfahren andauerten. Alle Verfahrensbeteiligten bäten weiterhin um eine streng vertrauliche Behandlung, deshalb werde sie zu diesen beiden Punkten alles Weitere nur in einem nicht öffentlichen und vertraulichen Sitzungsteil ausführen.

Abgeordnete Krämer erklärt, sie sei verwirrt, dass jetzt die Landesregierung in einem öffentlichen Sitzungsteil nichts weiter ausführen wolle, wo doch der Minister in öffentlicher Sitzung angekündigt habe, dass bis zum Ende des ersten Quartal das Closing stattfinden werde. Ihr erschließe sich nicht, warum der Bericht dazu dann jetzt in einem nicht öffentlichen Sitzungsteil stattfinden solle.

Sie nimmt außerdem Bezug auf die am 4. Februar 2026 dem Ausschuss zur vertraulichen Einsichtnahme zugeleitete sehr umfangreiche Vorlage mit über 1.000 Seiten, die sich auf Unterlagen beziehe, die der Landesregierung bereits seit dem 22. Dezember 2025 vorlägen. Sie möchte wissen, ob es weitere Unterlagen gebe, die die Landesregierung schon zugeleitet bekommen habe, um welche es sich dabei gegebenenfalls handele und wann diese dem Parlament zugeleitet werden sollten. Wenn dies nicht der Fall sein sollte, stelle sich ihr die Frage, warum die Landesregierung bei der Bundesregierung nicht noch aktuellere Unterlagen und weitere Unterlagen angefordert habe. Denn es fehlten noch einige Dinge, um den Sachverhalt bewerten zu können.

Staatssekretärin Carstens stellt fest, dass dem Parlament alle Unterlagen, die der Landesregierung im Dezember 2025 im Paket zugeleitet worden seien, jetzt vorlägen. Die Landesregierung habe alles dafür getan, die Zuleitung an das Parlament so schnell wie möglich umzusetzen, sie habe aber vorher noch ein paar Akteure einbinden müssen. Weitere Unterlagen zu diesem Themengebiet seien der Landesregierung nicht zugegangen. – Abgeordnete Krämer fragt noch einmal nach, ob der Landesregierung nach dem 22. Dezember 2025 weitere Unterlagen, die über den Themenkomplex Northvolt Drei hinausgingen, zugeleitet worden seien, die dem Parlament noch nicht vorlägen. – Staatssekretärin Carstens bittet darum, im Detail darüber gleich im nicht öffentlichen und vertraulichen Sitzungsteil noch einmal zu sprechen. Ihr sei nicht klar, auf was die Frage abziele. Sie könne nur noch einmal bekräftigen: Der Landesregierung seien keine weiteren Unterlagen zugegangen, die über das hinausgingen, was dem Parlament jetzt vorliege.

Abgeordneter Stender fragt, ob bereits mit den anderen Akteuren in Verhandlungen darüber eingetreten worden sei, dass ein Teil der Unterlagen, die bislang nur vertraulich zur Verfügung gestellt worden seien, veröffentlicht werden könnten. Seiner Meinung nach könne ein Teil der Unterlagen inzwischen veröffentlicht werden, da entweder der Minister bereits darüber in der Öffentlichkeit gesprochen habe oder sie zum Beispiel das Vermögen der Northvolt Drei GmbH betreffen. Es liege im öffentlichen Interesse, darüber zu informieren, weil es dabei um Steuermittel gehe. Dieses öffentliche Interesse müsse aus seiner Sicht jetzt den Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen überwiegen, da sich das Unternehmen in einer Insolvenz befinde. – Staatssekretärin Carstens erklärt, es handele sich nach wie vor um ein laufendes Verfahren, deshalb werde man diese Unterlagen im Moment nicht öffentlich zur Verfügung stellen, darüber sei auch nicht mit den Akteuren gesprochen worden. Zu einem späteren Zeitpunkt könne man darüber sicher noch einmal sprechen. – Abgeordnete Nitsch erklärt, vor dem Hintergrund des Restrukturierungsverfahrens könne sie das nachvollziehen.

Abgeordnete Nitsch fragt nach der Einschätzung der Landesregierung zu den Übernahmeplänen von Lyten und zu den Erfolgsaussichten, dass das Closing wie angekündigt im ersten Quartal 2026 stattfinden werde. Es sei ja bekannt, dass die Kapazitäten, die von Lyten für den Standort Heide geplant seien, weit unter dem Niveau lägen, das von Northvolt geplant gewesen sei. Dazu müsse doch das Wirtschaftsministerium auch eine eigene Bewertung haben. In Fachkreisen sei die Rede davon, dass eine Marktreife von Lithium- und Schwefelbatterien, die von Lyten am Standort Heide gebaut werden sollten, frühestens 2030 erreicht werde. Auch hierzu erwarte sie von der Landesregierung eine Einschätzung. Vor dem Hintergrund der

Erfahrungen mit der Northvolt-Ansiedlung sei es für sie als Parlamentarierin wichtig, dass es nicht wieder zu einer Situation komme, in der sie hier sozusagen unter Zwang Sachen abhaken müsse, und hinterher zeige sich, dass da wieder ein Risiko nicht eingeschätzt worden sei. Wenn es also Aktivitäten und Gespräche des Ministeriums gebe, um sich selbst ein Bild zu machen, bitte sie darum, darüber auch dem Parlament zu berichten, denn die Menschen im Land und insbesondere in der Region Heide stellten sich all diese Fragen ebenfalls.

Staatssekretärin Carstens merkt an, der Termin für das Closing im ersten Quartal 2026 stamme von Lyten, ihr sei keine aktuellere Zahl bekannt. Sie könne außerdem feststellen, dass die Gespräche mit Lyten weiter liefen. Dazu werde sie gern im nicht öffentlichen Teil noch Näheres erläutern. Da Lyten bis jetzt keinerlei Anspruch auf Förderung angemeldet habe – anders als damals Northvolt – sei das Unternehmen auch nicht dazu verpflichtet, seine konkreteren Pläne darzulegen. Lyten habe sein Interesse daran bestätigt, in Heide einzusteigen, viel Konkreteres dazu könne sie jedoch nicht berichten. Natürlich habe das Land ein Interesse daran, den Prozess eng zu verfolgen, und natürlich hätten alle gelesen, was über Stellantis in der Zeitung zu lesen gewesen sei. Vielleicht könne man Lyten auch noch einmal in den Ausschuss einladen, das unterstütze die Landesregierung gern.

Auch Abgeordnete Krämer interessiert, wie die Landesregierung die Entwicklung in Nevada mit Blick auf die geplante Übernahme von Northvolt durch Lyten bewerte und welche Informationen die Landesregierung bei Lyten oder dem Bundeswirtschaftsministerium dahingehend angefragt habe.

Abgeordnete Nitsch fragt, ob das Ministerium direkte Kontakte zu Lyten, zu der Geschäftsführung, habe und welche Gespräche da bereits im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung des Standortes in Heide geführt und wie diese Gespräche dokumentiert seien. Darauf könne man auch gern in dem nicht öffentlichen Sitzungsteil antworten.

Sie weist darauf hin, dass es bei der Ansiedlung von Northvolt auch um das Ziel gegangen sei, sich als Europa mit Aktivitäten in der Batterieproduktion unabhängiger zu machen. Vor dem Hintergrund müsse man bei der Bewertung der aktuellen Entwicklungen berücksichtigen, dass die US-Regierung Anteile an dem Unternehmen Lyten halte, deshalb müsse man bei der Bewertung sensibel vorgehen. Durch die geplante Übernahme von Northvolt, einer Gesellschaft, die im Vorfeld durch Steuergelder finanziert worden sei, ergebe sich aus ihrer Sicht

eine Verpflichtung nicht nur für den Bund, sondern auch für das Land und das Landwirtschaftsministerium, eine entsprechende Risikoeinschätzung vorzunehmen. Sie könne auch nicht erkennen, warum das Insolvenzverfahren komplett von dem Übernahmeverfahren durch Lyten getrennt betrachtet werden solle. Sie erwarte auf jeden Fall, dass eine Bewertung durch die Landesregierung erfolge. Wenn diese heute in der Sitzung noch nicht erfolgen könne, werde sie dazu gern später auch noch einen Berichts Antrag anmelden.

Staatssekretärin Carstens bekräftigt noch einmal, dass der Landesregierung kein anderer Zeitpunkt als der bislang von Lyten genannte, erstes Quartal 2026, für das Closing bekannt sei. Natürlich habe die Landesregierung die Presseberichterstattung über das gescheiterte Ansiedlungsverfahren in Nevada verfolgt. Daraus ergebe sich, dass Lyten gesagt habe, dass man sich auf den europäischen Markt konzentrieren wolle und deshalb die Fabrik dort nicht weitergebaut werde.

Sie betont noch einmal, dass es sich um zwei unterschiedliche Verfahren handele. Lyten sei ein komplett unabhängiges Unternehmen, das gesagt habe, es könne sich vorstellen, das Unternehmen Northvolt Drei hier in Deutschland zu übernehmen. Lyten habe nichts damit zu tun, dass zuvor Steuergelder in Northvolt Drei geflossen seien. Das andere sei das Restrukturierungsverfahren von Northvolt Drei. Beide Verfahren seien getrennt voneinander zu betrachten. Frau Nitsch habe Bezug auf die Risikoanalyse im Bundesrechnungshofbericht genommen. Dazu weise sie darauf hin, dass sich der Bericht sehr speziell auf die Wandelanleihe, also auf ein Instrument der Förderung, beziehe. Wenn man jetzt über Lyten spreche, spreche man also über einen ganz anderen Sachverhalt.

Minister Schrödter erläutert, dass es sich hier sozusagen um zwei paar Schuhe handele, zeigten auch die Fragestellungen, mit denen die Landesregierung an diese Verfahren herangehe. In dem einen gehe es um die Frage: Wie sichern wir die Mittel, die sich noch in der Sphäre von Northvolt befinden? Bei dem anderen Verfahren gehe es um die Frage: Wie kommen wir mit einem neuen Investor in Heide voran? Man könne froh und dankbar sein, dass es einen Investor gebe, der angekündigt habe, dort eine Investition tätigen zu wollen und innerhalb eines gewissen Zeitraums zu einem Abschluss zu kommen. Nun müsse man sich ein Stück weit auch auf diese Ankündigung verlassen, weil es sich um einen Investor handle, der bislang keine Fördermittel geltend gemacht habe. Insofern handle es sich um rein privatwirtschaftliche Überlegungen. Man behandle diesen Investor genauso wie alle anderen

Investoren in Schleswig-Holstein, nämlich sehr gut, und man begleite ihn bei seinem Ansiedlungsvorhaben. Richtig sei, dass es sich nicht um einen deutschen oder europäischen Investor handele. Ihm sei allerdings nicht bekannt, dass es einen Investitionsstopp für Unternehmen gebe, die aus den USA kämen. Man werde deshalb diesen Investor so behandeln wie andere Investoren. Er rate allen, die Gespräche sehr offen weiterzuführen, um eine positive Entwicklung für den Standort Heide zu erreichen. Der Standort sei industriepolitisch ein hervorragend geeigneter Standort, der weiterentwickelt werden könne und alle benötigten Rahmenbedingungen aufweise. Zunächst einmal sei es jetzt aber Aufgabe des Investors, das auch abzubilden.

Staatssekretärin Carstens bietet an, zu den Gesprächen mit Lyten gleich im nicht öffentlichen und vertraulichen Sitzungsteil Näheres zu berichten. Selbstverständlich seien diese protokolliert. An einigen diesen Gesprächen habe Herr Dr. Wilckens aus dem Ministerium teilgenommen, an einigen auch Dan Cook, der Geschäftsführer von Lyten.

Abgeordneter Petersdotter merkt an, zum jetzigen Zeitpunkt halte er es nicht für erforderlich und auch nicht zielführend, zu einer Bewertung der Firma Lyten zu kommen, solange keine Förderprogramme oder ähnlichen Unterstützungsforderungen gegenüber dem Land im Gespräch seien. – Dem widerspricht Abgeordneter Stender. Wenn es darum gehe, dass sich ein Unternehmen im Land ansiedeln wolle, das geopolitisch relevant sei und auch diskutiert werde, sei es schon richtig, dass sich der Wirtschaftsausschuss mit dieser Ansiedlung befasse. Wenn dann konkrete Anträge auf Fördermittel gestellt würden, müsse man sich damit aber sicher noch einmal ganz anders beschäftigen.

Abgeordneter Stender widerspricht der Aussage von Minister Schrödter, dass es sich bei den zwei Verfahren um zwei verschiedene paar Schuhe handele. Das Land habe 300 Millionen Euro Steuergelder „versenkt“. Dieses Geld stecke in der Baustelle, die Lyten jetzt übernehmen wolle. Damit gehe es bei der Summe der Investitionen, die jetzt im Raum stehe und deutlich unter dem liege, was das Land überhaupt noch irgendwie zurückbekommen könne, ganz explizit auch um schleswig-holsteinisches Steuergeld, wenn man über das Ansiedlungsvorhaben von Lyten spreche. Wenn die Landesregierung jetzt sage, das hänge nicht miteinander zusammen, dann verkenne sie den Ernst der Lage.

Abgeordnete Krämer teilt die Einschätzung von Abgeordnetem Stender. Sie schlägt vor, dass man jetzt in den nicht öffentlichen Teil der Beratungen eintrete. Bevor dies passiere, rege sie aber auch an, zukünftig sozusagen eine Waffengleichheit für die nicht öffentlichen Sitzungsteile herzustellen, indem den Abgeordneten die Möglichkeit gegeben werde, während der Sitzung in die Unterlagen, die ihnen vertraulich zur Einsichtnahme zur Verfügung gestellt worden seien, Einsicht zu nehmen. Gerade in den aktuell vorgelegten Unterlagen seien viele relevante Informationen enthalten, über die man miteinander sprechen müsse. Diese dann in der Sitzung aus dem Gedächtnis parat zu haben, sei nicht zu bewerkstelligen. – Staatssekretärin Carstens erklärt, die Landesregierung sei offen für den Vorschlag von Abgeordneter Krämer, die zur Verfügung gestellten Unterlagen auch in der Sitzung zur Einsichtnahme zur Verfügung zu stellen. Dafür müsse dann jedoch noch ein geeignetes Verfahren gefunden werden. – Der Vorsitzende, Abgeordneter Claussen kündigt an, in Absprache mit dem Ausschussbüro zu klären, inwieweit das in zukünftigen Sitzungen umgesetzt werden könne.

Abgeordnete Nitsch erklärt, auch sie sehe das anders als die Landesregierung. Die Risikoanalyse für die Wandelanleihe habe natürlich die Unternehmensaktivitäten betrachtet, unter anderem dahingehend, ob die dargestellten Produktszenarien realistisch seien oder nicht. Wenn es jetzt um neue Szenarien gehe, müssten diese ebenfalls wirtschaftspolitisch betrachtet werden. Wenn Herr Cook von Lyten sich hinstelle und sage, er sei derjenige, der das Projekt übernehmen werde, müsse auch eine Bewertung über diese Unternehmensansiedlung stattfinden. Das Projekt in Heide werde durch Steuergeld finanziert. Wenn Lyten nun ankündige, nur 15 Gigawatt als Kapazität aufbauen zu wollen, könne man sich ausrechnen, dass man dazu höchstens ein Drittel der ursprünglich mal angedachten Mitarbeiterzahl benötige. Außerdem müsse man diese kleinere Produktkapazität in Verhältnis zur Gesamtinvestition setzen. Vor dem Hintergrund finde sie es überhaupt nicht angebracht zu sagen, das könne man jetzt nicht bewerten. Sie erwarte, dass das Wirtschaftsministerium mit der Firma in Kontakt stehe und darüber spreche, sodass dazu im Parlament auch eine Bewertung abgegeben werden könne. Informationen darüber, welche Batterien schon Marktreife hätten und welche nicht, lägen aus Fachkreisen und Fachzeitschriften vor. Richtig sei, dass sich alle Beteiligten immer einig gewesen seien, dass man in Heide eine erfolgreiche Ansiedlung haben wolle. Nach den gemachten Erfahrungen mit Northvolt, der Wandelanleihe und den Erkenntnissen aus dem Rechnungshofbericht sei es jedoch auch Aufgabe des Parlaments, jetzt noch einmal genauer hinzuschauen. Sie bitte Minister Schrödter, bei allen Konsensen und allen Gesprächen, die es im Zusammenhang mit dieser Thematik gebe, bei der es um eine sehr hohe

Summe von Steuergeldern gehe, die Informationen im Parlamentsausschuss ernster zu nehmen und nicht einfach über die Fragen der Abgeordneten zu lachen. Man müsse an dieses neue Ansiedlungsvorhaben nach den Erfahrungen, die man schon gemacht habe, jetzt anders rangehen und das gegebenenfalls auch anders bewerten. – Minister Schrödter erklärt, es tue ihm Leid, wenn hier offenbar ein falscher Eindruck durch eine nicht bewusst veranlasste Reaktion von ihm entstanden sei, das sei nicht seine Absicht gewesen. – Staatssekretärin Carstens betont, der Ausschuss könne sich sicher sein, dass die Landesregierung das Thema sehr ernst nehme. Sie arbeite jeden Tag daran, dass an der Westküste in Heide etwas Gutes entstehen könne; dabei sei ihr auch die Tragweite des Projekts sehr bewusst. Sie weist darauf hin, dass es im Zusammenhang mit dem Ansiedlungsvorhaben von Lyten keine Risikoanalyse gebe, wie sie dem PWC-Gutachten zur Ansiedlung von Northvolt damals zugrunde gelegen habe. Das liege daran, dass Lyten keine Förderung in Aussicht genommen habe. Deshalb könne man auch keine Unternehmensdaten von Lyten bewerten oder in eine Risikoanalyse einbinden. Insofern könne man die beiden Vorhaben, das von Northvolt und das von Lyten, nicht miteinander vergleichen. Selbstverständlich betrachte die Landesregierung aber beide Säulen. Das werde schon dadurch deutlich, dass sie hier auch unter einem Tagesordnungspunkte miteinander beraten würden. In Bezug auf die von Abgeordneten Stender angesprochene Entwicklung in Nevada könne sie nur darauf verweisen, dass es hier in Deutschland eine andere Struktur gebe, deshalb seien auch diese Dinge nicht miteinander zu vermischen. Darüber könne man gern im nicht öffentlichen Teil noch weiter beraten.

Minister Schrödter stellt klar, natürlich könne man zu einer Bewertung kommen, ob man das Ansiedlungsvorhaben von Lyten für sinnvoll halte oder nicht. Fraglich sei aber der Bewertungsmaßstab, der dabei anzulegen sei. Wenn man das mit der Wandelanleihe verbinde, sei der Bewertungsmaßstab der SPD offenbar, ob ein zukünftiger Investor diese Mittel auf seine Rechnung übernehme und an irgendwen zurückerstatte. Der Bewertungsmaßstab könne aber auch sein, wie viele Arbeitsplätze durch die Ansiedlung geschaffen werden. Irgendwann müsse man unter dem Strich sicher zu der Bewertung kommen, ob man das Ansiedlungsvorhaben als erfolgreich einschätze oder nicht. Er glaube aber, dass man dies erst tun könne, wenn die vollständige Planung dargestellt worden sei. Diese Darstellung könne man jedoch nicht zur Voraussetzung machen, da für die Ansiedlung keine öffentlichen Mittel eingefordert worden seien. Er bitte deshalb darum, dass man sich erst dann mit dieser Fragestellung beschäftige, wenn die unternehmerische Entscheidung und Planung soweit fortgeschritten sei, dass man darüber auch Gespräche führen könne.

Abgeordneter Hölck merkt an, egal wer in Heide investiere und sich jetzt dort niederlasse, werde ein Stück bereits gezahlter Fördergelder in Anspruch nehmen, da diese dort schon verbaut seien. Klar sei, dass die der Steuerzahler auch nicht wiederbekomme. Es müsse jetzt aber darum gehen, diese Fördergelder dadurch zu schützen, dass dort ein Unternehmen angesiedelt werde, das dazu in der Lage sei, das Invest umzusetzen und dort einen Produktionsablauf zu schaffen, der profitabel sei. Er halte deshalb die Forderungen der Kollegin Nitsch für gerechtfertigt.

Minister Schrödter und Staatssekretärin Carstens fragen nach, ob Abgeordneter Hölcks Beitrag dahingehend zu verstehen sei, dass er erwarte, dass ein zukünftiger Investor das, was bereits an Steuergeldern in Heide investiert worden sei, was im Zweifelsfall auch an Wandelanleihe geflossen sei, bereit sei zurückzuzahlen. – Abgeordneter Hölck erläutert, es bleibe ein Betrag von Fördergeldern bestehen, der bereits in diesem Invest verbaut worden sei. Klar sei, dass das nicht alles zurückgezahlt werden könne. Es seien also Werte mit öffentlichen Mitteln, mit Fördergeldern, geschaffen worden. Seinem Verständnis nach müsse deshalb von der Landesregierung dafür gesorgt werden, dass sich dort ein Unternehmen so ansiedele, dass das, was bereits an Fördergeldern verbaut worden sei, auch geschützt werde. Das bedeute, dass es einen Business Case gebe, der auch wirklich umsetzbar sei; und das müsse bei so einem Unternehmen geprüft werden.

Abgeordneter Hein bittet um eine saubere Trennung der Begrifflichkeiten. Hier werde immer von Fördergeldern gesprochen, dabei sei die Wandelanleihe eigentlich der Punkt. Man teile gemeinsam das Ziel, dass an dem Standort in Heide eine Industrieproduktion aufgebaut werden solle. Misslich sei, dass es jetzt zu dieser Situation gekommen sei, aber es werde mit Hochdruck daran gearbeitet, dass sich dort ein tragfähiges Unternehmen ansiedele. Man habe vernommen, dass Lyten erklärt habe, voraussichtlich bis Ende März ein tragfähiges Modell auf die Beine zu stellen und das dann entsprechend zu präsentieren. Es gelte jetzt also, das weiter abzuwarten. Auch er wünsche sich, dass das Ganze noch schneller gehe, aber am Ende des Tages sei doch das Wichtigste, dass ein tragfähiges Modell dabei herauskomme, sodass sich ein Unternehmen in der Region ansiedele, das Arbeitsplätze schaffe und Energie abnehme. Genau das sei immer das Ziel gewesen.

Abgeordnete Nitsch merkt an, hier werde jetzt immer gesagt, bisher handele es sich um ein rein privatwirtschaftliches Interesse des Unternehmens Lyten. Wenn es sich ausschließlich um

ein privatwirtschaftliches Interesse handele, verstehe sie nicht, warum die Landesregierung mit Lyten überhaupt Gespräche führe. Denn dann sei das ja eine Angelegenheit allein zwischen Lyten, dem Insolvenzverwalter und den Gesellschaften, die es bei Northvolt noch gebe. Für sie gehe es darum, dass man auch eine Risikoanalyse vornehmen müsse, wenn Anteile aus der ehemaligen Wandelanleihe jetzt sozusagen in ein Projekt Lyten überführt werden sollten. Wenn das Unternehmen ankündige, nur ein Viertel der Kapazität aufzubauen, die Northvolt habe aufbauen wollen, und man sich das große Grundstück anschau, stelle sich für sie auch die Frage, ob man dazu die ganze Fläche benötige. Diese Fragen bewegten die gesamte Region.

Minister Schrödter stellt klar: Grundsätzlich sei es erst einmal gut, wenn man von einem privatwirtschaftlichen Interesse spreche, denn das sei die Voraussetzung für ein tragfähiges Geschäftsmodell. Die Landesregierung begleite immer wieder Investoren bei ihren Ansiedlungsvorhaben im Land. Es gebe auch eine Ansiedlungsstrategie des Landes, für die es einen entsprechenden Technologietransfer im Land gebe. Das Land versuche also, mit guten Rahmenbedingungen dafür zu sorgen, dass eine wirtschaftliche Entwicklung stattfinden könne. Vor dem Hintergrund kümmere sich das Land um alle Unternehmen, die ein Interesse an der Ansiedlung im Land hätten, nicht nur in Heide, sondern im ganzen Land.

Dazu komme, dass die Lage in Heide mit der Vorgeschichte komplex sei, weil bei der Erschließung natürlich ein bestimmtes Planungsvorhaben die entscheidende Rolle gespielt habe. Dan Cook habe bereits etwas zur Perspektive der Nutzung der Flächen gesagt, indem er angekündigt habe, dass man dort in Zeitabschnitten unterschiedliche Schritte verwirklichen wolle. Soweit er sich erinnern könne, sei das so auch öffentlich vorgestellt worden. Das habe dann möglicherweise zum Beispiel Auswirkungen auf den B-Plan vor Ort. Dass man vor dem Hintergrund als Landesregierung es als seine Aufgabe betrachte, solche komplexen Prozesse von Investoren, die nicht jeden Tag in Deutschland Überlegungen für Fabriken vorstellten, auch in solchen Fragen zu begleiten und zur Seite zu stehen, sei doch völlig normal. Deshalb spreche man auch miteinander. Die Landesregierung verstehe sich als Dienstleister und überlasse es nicht einfach nur den Partnern, darüber zu sprechen, wie es gehen könne. Sie versuche, die Verfahren und die Vorhaben voranzubringen und führe deshalb auch regelmäßige Gesprächsrunden mit den Gemeinden, mit dem Amt und sonstigen Beteiligten, um weiter voranzukommen. Dabei gehe es dann um Genehmigungsprozesse für BlmSch-Verfahren, Infrastrukturvorhaben, die möglicherweise damit in Verbindung stünden, und Ähnliches mehr.

Der öffentliche Teil der Sitzung wird von 11:46 bis 12:40 Uhr unterbrochen. Der Ausschuss setzt seine Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt in einem nicht öffentlichen vertraulichen Sitzungsteil (siehe vertraulicher Teil der Niederschrift) fort.

3. Bericht der Landesregierung zum Beinahe-Unfall am Bahnübergang Holmkamp in Süsel

Angebot des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

Der Tagesordnungspunkt wird auf eine der nächsten Sitzungen verschoben.

**4. a) Echte Verfahrensbeschleunigung für Infrastrukturvorhaben –
Legalplanung nach dänischem Vorbild**

Antrag der Fraktion des SSW
Drucksache [20/2207](#)

b) Alle Möglichkeiten der Planungsbeschleunigung nutzen!

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache [20/2225](#)

(überwiesen am 21. Juni 2024)

hierzu: Umdrucke [20/3487](#), [20/3516](#), [20/3520](#), [20/3521](#), [20/3535](#),
[20/3536](#), [20/3537](#), [20/3538](#), [20/3539](#), [20/3562](#),
[20/3680](#), [20/4149](#), [20/4282](#), [20/4364](#), [20/5033](#),
[20/5516](#)

**c) Schlussfolgerungen des Normenkontrollrates für schnellere Ge-
nehmigungsverfahren umsetzen**

Antrag der Fraktion der FDP
Umdruck [20/5654](#)

**d) Abschlussbericht der Landesregierung über den Umsetzungs-
stand der im Rahmen des Normenscreenings Planungsbe-
schleunigung**

Umdruck [20/5733](#)

e) Schleswig-Holstein sagt Ja zur Planungsbeschleunigung

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache [20/4005](#)

(überwiesen am 30. Januar 2026 an den **Wirtschafts- und Digitalisie-
rungsausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

– Verfahrensfragen –

Die Beratungen zu diesem Tagesordnungspunkt werden vertagt.

5. a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Ladenöffnungszeiten (Ladenöffnungszeitengesetz – LÖffZG)

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache [20/2133](#)

(überwiesen an den **Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss am 22. Mai 2024)

hierzu: Umdrucke [20/3356](#), [20/3368](#) (neu), [20/3414](#), [20/3459](#),
[20/3504](#), [20/3505](#), [20/3509](#), [20/3524](#), [20/3525](#),
[20/3526](#), [20/3527](#), [20/3528](#), [20/3542](#), [20/3543](#),
[20/3544](#), [20/3545](#), [20/3546](#), [20/3547](#), [20/3572](#),
[20/3573](#), [20/3754](#), [20/5930](#)

b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Ladenöffnungszeitengesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache [20/3750](#)

(überwiesen am 20. November 2025)

hierzu: Umdrucke [20/5757](#), [20/5762](#), [20/5773](#), [20/5782](#), [20/5783](#),
[20/5914](#), [20/5919](#), [20/5923](#), [20/5924](#), [20/5930](#),
[20/5937](#), [20/5942](#), [20/5945](#), [20/5947](#), [20/5948](#),
[20/5953](#), [20/5955](#), [20/5956](#), [20/5957](#), [20/5959](#),
[20/5963](#), [20/5982](#)

Abgeordneter Stender beantragt, zusätzlich zur schriftlichen Anhörung auch noch eine mündliche Anhörung durchzuführen.

Abgeordneter Petersdotter bittet darum, möglichst bis zum März-Plenum zu einer Abstimmung über die Gesetzentwürfe zu kommen.

Die Ausschussmitglieder beschließen einstimmig, zusätzlich zur durchgeführten schriftlichen Anhörung möglichst noch im März 2026 eine mündliche Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen werden gebeten, ihre Anzuhörenden bis zum 13. Februar 2026 zu benennen.

6. Beratung mit der Landesregierung und Fachgespräch

Schleswig-Holstein zu einem ansiedlungs- und klimafreundlichen Industrieland machen

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache [20/3689](#)

Schleswig-Holstein als europäische Modellregion im Rahmen des Net-Zero Industry Act stärken – nachhaltige Industriepolitik für Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit

Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache [20/3724](#)

Änderungsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache [20/3725](#)

(überwiesen am 16. Oktober 2025)

Teilnehmende Fachgespräch:

- **Steffen Volk**, Projektleitung Clean Energy Valley Schleswig-Holstein
- **Dirk Burmeister**, Vorstand Entwicklungsagentur Region Heide AöR
- **Werner Kässens**, Geschäftsführer Kieler Wirtschaftsförderungs- und Strukturentwicklungs GmbH
- **Iris Meyer**, Geschäftsführerin Wirtschaftsagentur Neumünster GmbH
- **Kai Lass**, Geschäftsführer Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises Rendsburg-Eckernförde mbH & Co. KG
- **Thomas Bultjer**, Leiter Geschäftsstelle Dithmarschen der IHK Flensburg
- **Dr. Klaus-Dieter Borchardt**, Strategischer Berater des CEV SH

hierzu: Umdruck [20/6080](#)

Herr Knuth, Staatssekretär im Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur, führt einleitend aus, die Landesregierung pflege seit einer Weile einen sehr engen Austausch mit den Initiatoren eines Net-Zero-Valleys für Schleswig-Holstein und begrüße diese Idee sehr. Für die Einordnung dieses Projektes verweist er auf den Net-Zero Industry Act der Europäischen Union aus dem Jahr 2024, mit dem sowohl regulatorische Erleichterungen der Entwicklung von Netto-Null-Technologien als auch die Unterstützung der Entwicklung von entsprechenden Technologien und Märkten unterstützt werde. Netto-Null-Technologien passten hervorragend zu dem Ziel des Landes eines klimaneutralen Industrielandes. Der Net-Zero Industry Act beinhalte verschiedene Elemente, nicht nur die Valleys, sondern auch sogenannte strategische Projekte. Ein solches strategisches Projekt gebe es in Schleswig-Holstein – das

erste Projekt, das als solches in Deutschland bisher identifiziert und ausgezeichnet worden sei –, nämlich das Carbon2Business-Projekt der Firma Holcim im Verbund mit weiteren Projektpartnern.

Daneben gebe es die Idee der sogenannten Net-Zero Acceleration Valleys. Diese Valleys könnten durch die Mitgliedstaaten der EU auf Antrag aus den Regionen ausgewiesen werden und hätten zum Ziel, einerseits einen besseren Zugang zu Fördermitteln zu bekommen und andererseits die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren zu erreichen. Staatssekretär Knuth geht im Folgenden auf den mehrstufigen Ausweisungsprozess näher ein. Es gebe durchaus noch Unwägbarkeiten oder Ungewissheiten, wie künftig der beschleunigte Zugang zu den Fördermitteln aussehen werde. Im Verfahren selber müssten sehr konkrete Kulissen benannt werden – sowohl gewerbliche als auch infrastrukturelle Entwicklungen innerhalb des Net-Zero-Valleys –, die einer strategischen Umweltprüfung unterzogen würden. Dabei wolle das Land gern unterstützen. Wenn dem Land dann ein solcher Antrag der Regionen vorliege und er ihn bestätigen könne, werde dieser Richtung Berlin beziehungsweise Brüssel weitergeleitet. In der Folge sollten dann erleichterte Genehmigungsverfahren existieren, beispielsweise beim Aufbau von Energiewendeeinfrastruktur oder Energiewendeanlagen. Staatssekretär Knuth weist abschließend darauf hin, dass man sich in diesem ganzen Verfahren in einem sehr engen Austausch mit der Region befinde und die Zuständigkeit für die Betreuung in seinem Haus im Referat von Herrn Dr. Hirschberg, den er heute auch mitgebracht habe, liege.

Herr Volk, Projektleitung Clean Energy Valley Schleswig-Holstein (CEV SH), stellt auf der Grundlage einer PowerPoint (Umdruck [20/6080](#)) die Idee des Clean Energy Valley Schleswig-Holstein vor. Dabei hebt er die besondere Chance für Schleswig-Holstein hervor und stellt das Clean Energy Valley Schleswig-Holstein als Kooperation der Wirtschaftsförderungsgesellschaften der Städte Kiel und Neumünster, des Kreises Rendsburg-Eckernförde sowie der Entwicklungsagentur der Region näher vor (Umdruck [20/6051](#)).

Herr Dr. Borchardt, Strategischer Berater des CEV SH, führt ergänzend aus, dass er mit großem Interesse die Entwicklungen in Schleswig-Holstein verfolgt habe. Schleswig-Holstein habe mit dem Clean Energy Valley schon frühzeitig die Chancen erkannt, die in einer erfolgreichen Energiewende für die wirtschaftliche, industrielle aber auch strukturelle Entwicklung des Landes angelegt seien. Über die extrem günstigen Standortbedingungen sei bereits einiges von Herrn Volk gesagt worden. Schleswig-Holstein habe sich aus Sicht der Kommission

bereits als eine moderne Region in Europa etabliert. Diese sei im letzten Jahr bei der Clean Energy Woche in Brüssel von Staatssekretär Knuth vorgestellt worden. Allerdings bestehe in Schleswig-Holstein, aber auch in anderen europäischen Modellregionen, ein ganz grundsätzliches Problem, das sei die zügige Umsetzung der Strategie. Bislang erfolge diese nur sehr schleppend. Es gebe zu viele Hindernisse und Risiken und eine zu starke Konzentration auf Einzelprojekte statt auf einen systemischen Ansatz. Genau da setze die Initiative der EU zur Beschleunigung und Förderung von Industrieaktivitäten mit Bezug zu klimaschonenden Technologien in geografisch abgegrenzten Regionen mit den sogenannten Netto-Null-Technologie-Beschleunigungstäälern, den Netto-Null-Valleys, an. Ziel sei, regionale Akteure aus Industrie, Energieversorgung, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft zusammenzuführen und gemeinsam die Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft voranzutreiben. Im Folgenden nennt er zwei konkrete Beispiele, das bereits von Staatssekretär Knuth angesprochene Carbon2Business und die Raffinerie in Heide, die von dieser Initiative profitieren könnten. Aber nicht nur bestehende Unternehmen profitieren, sondern natürlich werden Schleswig-Holstein dadurch auch zu einem Anziehungspunkt für neue Investitionen.

Die Kommission und die Netto-Null-Europa-Plattform setzten für ein erfolgreiches Bewerbungsverfahren einen Antrag und einen sogenannten nationalen Masterplan voraus, die den Antrag sozusagen mit Leben erfüllten. Sowohl für das Antragsverfahren als auch für den nationalen Masterplan gebe es eine Reihe von sehr detaillierten Vorgaben, die Herr Volk in seiner Präsentation bereits umrissen habe. Schon bei den Vorarbeiten sei deutlich geworden, dass das ein schwieriger Gang werde, der seiner Überzeugung nach aber sehr erfolgreich sein werde.

Der Zeitpunkt für diese Initiative sei sehr günstig, da im Moment viele neue Initiativen und Fördermöglichkeiten auf europäischer Ebene entstünden. Mit dem neuen Mehrjährigen Finanzplan für die EU würden neue, ganz gezielte Fonds geschaffen, wie der Wettbewerbsfähigkeitsfonds und die Dekarbonisierungsbank. Das Netto-Null-Valley bringe beide Dinge, neue Fördermittel auf der einen Seite auf dem Weg zur Dekarbonisierung und die Stärkung der europäischen Industrie und ihrer Wettbewerbsfähigkeit auf der anderen Seite, zusammen. Damit habe man die besten Grundvoraussetzungen, um in diese neuen Fördermöglichkeiten hineinzukommen und sehr rasch, weil auch auf europäischer Ebene für diese Valleys ein beschleunigtes Verfahren gelte, Fördermöglichkeiten zu erhalten. Deshalb gehe es jetzt darum, den Zeitplan, den Herr Volk vorgestellt habe, umzusetzen.

In der anschließenden Aussprache bedankt sich Abgeordneter Hein für die Darstellung und das große Engagement der Initiatoren. Aus seiner Sicht seien nach jahrelanger Vorarbeit schon viele Meilensteine erreicht. Sein Wunsch sei, dass man ganz Schleswig-Holstein mitnehme. Er begrüße es auch, dass es gelungen sei, Herrn Professor Dr. Borchardt als ehemaligen EU-Kommissar und als ein Schwergewicht in Europa mit an Bord zu holen. Bei Bedarf stehe er gern für Gespräche über weitere Unterstützungsleistungen, die das Parlament sozusagen jetzt im Rahmen des Verfahrens leisten könne, bereit.

Abgeordneter Vogt begrüßt, dass man endlich dazu gekommen sei, dieses Thema im Ausschuss auf die Tagesordnung zu setzen. Er macht deutlich, dass auch er große Chancen für Schleswig-Holstein in dem Programm sehe. Erfreulich sei, dass das Projekt in der Region vorangetrieben werde und man miteinander kooperiere. Für ihn sei noch unklar, was mit dem Thema Planungs- und Genehmigungsverfahrensbeschleunigung genau gemeint sei und wie die EU dazu kommen wolle, in bestimmten Zonen schneller als anderswo voranzukommen. Das erinnere ihn ein bisschen an Sonderwirtschaftszonen. Er findet den Gedanken nachvollziehbar, wenn es generell nicht so richtig mit der Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung vorangehe, zumindest in einigen Bereichen etwas auszuprobieren. Er habe jetzt aber die Ausführungen von Herrn Professor Borchardt dahingehend verstanden, dass man schon den Bund benötige, um das alles rechtssicher auf die Beine zu stellen. Er bitte Staatssekretär Knuth, noch einmal darzustellen, was man dazu aus Sicht der Landesregierung benötige. – Staatssekretär Knuth räumt ein, dass man natürlich auch über die Net-Zero Acceleration Valleys gewisse Marktregeln nicht einfach außer Kraft setzen könne. So werde man zum Beispiel weiterhin an den deutschen Strommarkt gebunden sein.

Als weiteren Punkt spricht Abgeordneter Vogt das Thema Einbindung der Wissenschaft an und fragt, wie diese konkret aussehe, welche Gespräche dazu geführt würden, denn die Hochschulen hätten bekanntermaßen Finanzierungsprobleme, sodass sie sich nicht überall engagieren könnten.

Außerdem spiele aus seiner Sicht in diesem Zusammenhang auch das Thema Flächen eine große Rolle. Die FDP sei der Auffassung, dass man hier die WTSH als landesweiten Träger einbinden müsse, da bei so großen Flächen natürlich auch eine Energieanbindung, eine Ver-

kehrsanbindung und Ähnliches vorhanden sein müsse. Es müsse also irgendjemanden geben, der großen Flächen erschließe und diese auch international vermarkte. Vor dem Hintergrund habe die FDP in ihren Anträgen dieses Thema gesondert aufgenommen.

Als weiteres Problem in dem Zusammenhang nennt er die Regionalplanung, die zurzeit vor allem erkläre, wo es überall nicht gehe. Als Letztes möchte er wissen, was eigentlich konkret vom Land bis Ende des Jahres beschlossen werden müsse.

Auch Abgeordnete Nitsch begrüßt das Projekt. Der SSW habe sich mit dieser Entwicklung bereits anhand der Modellregion der Lausitz näher beschäftigt. Es gebe einen engen Austausch mit den Minderheitenkollegen der Sorben in Sachsen und Brandenburg. Über diesen habe man erfahren, was die Ausweisung des Gebietes für die regionale Entwicklung dort bedeutet habe. Der SSW unterstütze das Vorhaben deshalb sehr. Auch sie begrüße, dass das Thema jetzt endlich ein Thema des Landtags werde. Ihre Kollegen von der FDP und der SSW hätten schon lange darauf hingewiesen, dass das eigentlich ein politisches Thema des Landes sein müsse; bislang sei das Ministerium aber noch eher zurückhaltend gewesen.

Abgeordnete Nitsch erklärt, in den Vorträgen zu Beginn des Tagesordnungspunktes sei darauf hingewiesen worden, dass man sich auf bestimmte Themen spezialisieren sollte. Der SSW spreche sich dafür aus, den Schwerpunkt auf eine echte grüne Ausrichtung zu legen, also zum Beispiel grüne Wasserstoffbatteriespeicher und so weiter. Kritisch hingegen sei man bei Projekten, die sich mit der Speicherung von CCS oder CO₂ beschäftigten. – Staatssekretär Knuth merkt an, das Thema CO₂ als einer der 19 im Projekt genannten Technologiebereiche sei von besonderer Relevanz für Schleswig-Holstein, da die in Brunsbüttel und Heide vorhandene chemische Industrie auch künftig mit CO₂-Molekülen wirtschaften und produzieren müsse. Die Frage sei, woher diese CO₂-Moleküle kämen und wie man diese mit dem grünen Strom, der in Schleswig-Holstein erzeugt werde, kombinieren könne. Der Ausbau der jetzt vorhandenen Infrastruktur, Abscheidung beim Zementwerk in Lägerdorf, Transport nach Brunsbüttel und Aufbereitung beim CO₂-Hub, sei die erste Voraussetzung dafür, dass man sich überhaupt dem Gedanken der CO₂-Kreislaufwirtschaft mit konkreten Projekten nähern könne. Darüber hinaus gebe es natürlich viele weitere konkrete Vorhaben bei bestehenden und neuen Unternehmen.

Noch nicht ganz klar sei ihr – so Abgeordnete Nitsch –, wie man die Initiative auf ganz Schleswig-Holstein ausweiten wolle. Es gebe erste Signale aus den Nordkreisen, dass der Wunsch da sei, sich zu beteiligen, insbesondere im Hinblick auf die Wasserstoffinfrastruktur an der Grenze. – Herr Volk berichtet, dass der Austausch mit den Nordkreisen im Zusammenhang mit dem Projekt eng sei. Da er selbst einmal bei der Wirtschaftsförderung im Kreis Nordfriesland beschäftigt gewesen sei, kenne er natürlich die Themen und Interessen vor Ort. Aus seiner Sicht sei die Einbindung dieser Kreise auf jeden Fall sichergestellt.

Herr Volk erklärt zum Thema Planungsbeschleunigung, diese werde nicht automatisch mit dem Ausweisungsbeschluss erfolgen, sondern man müsse jetzt in der Bewerbungsphase schon ganz genau schauen, wo es im Land Hürden gebe, die zu Verzögerungen und zu langsamen Verfahren führten. Das betreffe viele Ebenen, die Landesebene genauso wie die Bundesebene. Im guten Austausch und in der Zusammenarbeit mit den anderen Valleys könne man bereits erkennen, dass es viele gemeinsame Themen gebe, die man dann auch gemeinsam befördern und adressieren müsse. Aus dem Net-Zero Industry Act ergebe sich die Möglichkeit, die Dinge gezielter zu unterstützen und Fördermöglichkeiten zu akquirieren, um zum Beispiel durch Digitalisierung und Standardisierung von Genehmigungsverfahren schlankere Prozesse zu erreichen. Dafür gebe es Instrumente der EU, die in diesen Regionen als Modellregion ausprobiert werden könnten. Klar sei, dass das Thema Planungsbeschleunigung ein dickes Brett sei. Aber es gebe in Schleswig-Holstein mit dem Normen-Screening bereits gute Ansätze, außerdem werde man im weiteren Prozess gemeinsam mit den Unternehmen herausarbeiten, an welchen Stellen es noch klemme.

Zur Einbindung der Wissenschaft weist er darauf hin, dass man im Vorlauf mit zahlreichen Hochschulen gesprochen habe. Das Interesse sei groß, sich gerade in diesen Technologiefragen einzubringen. Das IQSH habe dafür auch Fördermöglichkeiten geschaffen, und die Fachhochschule Westküste habe gerade den Antrag für die Einwerbung einer neuen Stelle gestellt, die die wichtige Aufgabe übernehmen solle, die Forschungs- und Wissenschaftslandschaft zu koordinieren und in dieses Bewerbungsverfahren einzubinden. Man sei zuversichtlich, dass die Stelle im Februar, spätestens März 2026 eingerichtet werden könne.

Herr Kässens, Geschäftsführer der Kieler Wirtschaftsförderungs- und Strukturentwicklungs GmbH, weist im Zusammenhang mit der Frage zur Flächenentwicklung auf den Verband der Wirtschaftsförderungen in Schleswig-Holstein hin, der sich als Ergänzung zur WTSH sehe.

Viele Wirtschaftsförderer hätten Erfahrung damit, Flächen zu kaufen, eine Finanzierung zu unterlegen und dann das eigentliche Doing für die Flächenentwicklung auf den Weg zu bringen. Bei größeren Themen gehe das nur über interkommunale Partnerschaften; deshalb gebe es auch dazu bei vielen Wirtschaftsförderungen eine Expertise. Das werde auch bei diesem Thema mittel- und langfristig der Weg sein: Flächen zu identifizieren und interkommunal zu entwickeln. Es sei wichtig, strategisch aus der Sicht des Landes zu schauen, wo die Technologieregionen lägen, die sich gut im Wettbewerb mit anderen aufstellen könnten. In der nächsten Phase werde es dann darum gehen zu schauen, welche Flächen vorhanden seien, welche noch nicht und dann von den Wirtschaftsförderungen – gegebenenfalls auch gemeinsam durch interkommunale Entwicklungsstrategien – noch geschaffen werden müssten. Dafür sei die WTSH noch nicht oder gar nicht aufgestellt, sondern die Kernkompetenz liege an ganz anderer Stelle, nämlich im Standortmarketing und im Branchen-Cluster-Management sowie in der gezielten Ansiedlung der regionalen Wirtschaftsförderungen. Diesen Weg werde man gemeinsam mit der neuen Geschäftsführung der WTSH verfolgen.

Herr Kässens betont, dass der Faktor Zeit schon genannt worden sei: Man müsse jetzt schnell sein. Es gehe darum zu schauen, wer professionell und motiviert genug aufgestellt sei, um die Aufgaben, die mit dem Antrag jetzt anstünden, zu erfüllen. Deshalb gebe es den Appell an alle Partnerinnen und Partner, sich mit allem, was ihnen zur Verfügung stehe, einzubringen, um den Antrag zum Erfolg zu führen. Erst in der zweiten Phase werde es dann darum gehen, gemeinsam zu schauen, wo die Standorte liegen könnten und welche Rahmenbedingungen noch benötigt würden – auch finanziell –, um die Flächen weiterzuentwickeln. Im Kontext des Verbandes der Wirtschaftsförderungen seien die Voraussetzung für eine gute Zusammenarbeit gegeben. Über diesen Zusammenschluss sei auch sichergestellt, dass das gesamte Bundesland angeschaut werde.

Staatssekretär Knuth weist darauf hin, dass über die regionale Kooperation Westküste der Kreis Nordfriesland bereits Teil des Zusammenschlusses sei, der sich auf den Weg gemacht habe. Er informiert außerdem darüber, dass es eine aktive Ansprache der Landesregierung über die Wirtschaftsförderungen und die politischen Ebenen im ganzen Land gebe, sich mit dem Projekt auseinanderzusetzen. Am Ende gebe es außerdem die Möglichkeit, in dem Antragsverfahren eine Öffnungsklausel aufzunehmen, die – sowohl was die Teilnahme ganzer Regionen als auch einzelner Flächen betreffe – die Möglichkeit biete, nachträglich noch Teil der Initiative zu werden. Angestrebt werde aber, das sozusagen bereits in einem Abwasch zu

machen, damit man die strategische Umweltprüfung auch gleich für sämtliche Flächen im Verbund abarbeiten könne.

Abgeordnete Nitsch weist darauf hin, dass man beim letzten Mal, als man mit der Landesplanung zusammengesessen habe, gesehen habe, dass die sogenannten Potenzialflächen für Industrie- und Gewerbeansiedlung im Land ausgesprochen klein seien. Vor dem Hintergrund sei es vielleicht gut, im Zusammenhang mit der Bewerbung erneut über die Studie der Wirtschaftsförderungen gemeinsam mit der Landesplanung zu sprechen und die Flächen mit dem Ziel miteinander abzugleichen, sich konstruktiv darüber zu unterhalten, wie man größere Projekte im Land realisieren könne.

Abgeordnete Täck stellt fest, dass im Antrag der FDP-Fraktion das Clean-Energy-Valley nicht genannt werde. Zum Thema Fläche verfolgten der Antrag der FDP und der der Regierungskoalition unterschiedliche Ansätze. Die FDP schlage vor, dass die WTSH künftig zentral Flächen kaufen, entwickeln und vermarkten solle. Sie habe jetzt aber die Ausführungen von Herrn Kässens dahingehend verstanden, dass es bereits eine Kooperation zwischen WTSH und dem Clean-Energy-Valley gebe. In dem FDP-Antrag werde außerdem ein bisschen beiläufig die CO₂-Speicherung im Meer erwähnt. Sie fragt, wie zentral das für die Umsetzung des Valleys sei. Außerdem möchte sie wissen, ob nicht die Idee der FDP, die Regionalplanung erneut zu ändern, zu einer Planungsunsicherheit für das Gewerbe, das sich jetzt darauf verlasse, dass die neue Regionalplanung zügig in Kraft trete, führen könne.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Claussen, weist darauf hin, dass man vor dem Hintergrund der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr alle Fragestellungen abarbeiten könne. Er schlage vor, die Fragen gegebenenfalls bilateral zu klären. Er bedanke sich bei allen Teilnehmenden an dem Fachgespräch und hoffe, dass die heutige Darstellung des Projektes dazu beigetragen habe, es in der Öffentlichkeit bekannter zu machen und auch andere Regionen zu motivieren, sich zu beteiligen. Im Namen des Ausschusses wünsche er viel Glück und Erfolg bei der Realisierung des Projektes.

7. Information und Kenntnisnahme

Umdruck [20/5961](#): Sachstand zu Informationssicherheit in der Landesverwaltung

Umdruck [20/5981](#): Abschlussbericht 5G-Campusnetze Schleswig-Holstein

Umdruck [20/6009](#): Bericht Bundesrechnungshof betr. Northvolt (öffentlich)

Umdruck [20/6038](#): Status Cross Border Panel

Umdruck [20/6050](#): Zwischenstand zur Sanierung Eiderbrücke Tönning (B 5)

Die Vorlagen werden vom Ausschuss zu Kenntnis genommen.

8. Verschiedenes

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die nächste Sitzung des Ausschusses am 18. Februar 2026 als auswärtige Sitzung in der Handwerkskammer in Flensburg stattfinden werde.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Claussen, schließt die Sitzung um 13:55 Uhr.

gez. Claus Christian Claussen
Vorsitzender

gez. Dörte Schönfelder
Geschäfts- und Protokollführerin